

TOP: 6

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-71-2017

Federführendes Amt :Hauptamt

19.10.2017

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	09.11.2017					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Mitgliedschaft der Stadt Kremmen in der Arbeitsmarkttinitiative Oberhavel-Süd (AMI-Süd) zum 01.01.2018

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:

- Die Stadt Kremmen wird Mitglied in der AMI-Süd zum 01.01.2018
- Zu diesem Zweck stellt sie jährlich 34.500 € für die Kofinanzierung von Beschäftigungsprojekten im Rahmen des Sozialgesetzbuch (SGB) II ein.
- Die Stadt Kremmen erkennt damit die wesentlichen Ziele, Handlungsschwerpunkte und Förderkriterien der AMI-Vereinbarung vom 01.04.2009 an.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Mit dem Eintritt der AMI-Süd leistet die Stadt Kremmen einen wesentlichen Beitrag zur kontinuierlichen Sicherstellung notwendiger Kofinanzierungsmittel für kommunale Beschäftigungsprojekte. Gleichzeitig unterstützt sie damit die soziale Stabilisierung von langzeitarbeitslosen Hilfeempfängern in Kremmen, ermöglicht deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und trägt bei, deren Integrationschancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Das kommunale Bündnis existiert seit 1998 und besteht aktuell aus sieben kreisangehörigen Kommunen (Hennigsdorf, Oranienburg, Liebenwalde, Oberkrämer, Glienicke/Nordbahn, Birkenwerder und Hohen Neuendorf), die jährlich weit über 400 T€ zur Kofinanzierung öffentlich geförderter Beschäftigungsprojekte im Rahmen des SGB II zur Verfügung stellen. Damit ist es möglich, jährlich für einige hundert Menschen (zwischen 300 bis 350) regional sinnvolle Beschäftigungsangebote zu organisieren sowie praktische Lebenshilfe und Unterstützung anzubieten. Die AMI-Süd ist damit landesweit das größte kommunale Bündnis, das sich in dieser Form zielgerichtet und kommunenübergreifend mit diesem Thema beschäftigt. Mit Eintritt in die AMI-Süd partizipiert Kremmen von den langjährigen Erfahrungen der Mitglieder und des Dienstleisters ABS Hennigsdorf in Bezug auf Umsetzung sinnvoller kommunaler, sozialer und touristischer Beschäftigungsmaßnahmen unter Berücksichtigung sich ständig verändernder Rahmenbedingungen im SGB II.

Die Höhe des jeweiligen kommunalen Zuschusses berücksichtigte 1998 die damalige Wirtschaftskraft der Kommunen (1 % der Umlagegrundlage 1997). Diese Regelung wurde später erweitert durch die Deckelung des Beitrages für große Kommunen bei 125 T€ bzw. durch Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen sozialen Betroffenheit in den Mitgliedskommunen. Bezüglich Einwohnerzahl und sozialer Betroffenheit (z.B. Personen in HARTZ-IV-Bedarfsgemeinschaften) ergibt sich für Kremmen eine Zuschusshöhe von 34,5 T€ (=durchschnittlicher Einzahlbetrag der Gemeinden Oberkrämer und Birkenwerder)

Finanzielle Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen? Ja

Gesamtkosten der Maßnahmen: €

Jährliche Folgekosten : €

Finanzierung

Eigenanteil : €

Objektbezogene

Einnahmen (Zuschüsse) : €

Haushaltsbelastung : €

jährlich :

Veranschlagung :

mit : € 34.500 €

Produktsachkonto :

im Ergebnishaushalt : 55102.52310000 im Finanzhaushalt :

0.1007-0

**Kommunales Bündnis für Arbeit und Integration im südlichen
Landkreis Oberhavel (AMI-Süd)**

Erste Überarbeitung der AMI-Vereinbarung vom 01.04.1998

zwischen der:

Stadt Oranienburg

Stadt Hennigsdorf

Gemeinde Glienicke/Nordbahn

Gemeinde Oberkrämer

Stadt Liebenwalde

Gemeinde Birkenwerder

Stadt Hohen Neuendorf

(AMI-Mitglieder)

und der

ABS Hennigsdorf

Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH

(Dienstleister)

§ 1 Präambel

- (1) Die Überarbeitung der AMI-Vereinbarung vom 01.04.1998 wurde notwendig, da sich seither im Bereich der Arbeitsförderung Förderbedingungen und Beschäftigungsinstrumente wesentlich verändert haben. Gleichzeitig fließen in die Anpassung Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis ein.
- (2) Zweck der Vereinbarung ist die Verwaltung von kommunalen Mitteln zur Kofinanzierung von Maßnahmen der Arbeitsförderung, deren gesetzliche Grundlagen das SGB II und III bzw. Bundesprogramme zur kommunalen Beschäftigungsförderung (z. B. Kommunal-Kombi) regeln. Damit verbunden ist die Stärkung der regionalen Einflussnahme auf die Mittelverwendung bezüglich der Projektplanung und -umsetzung.
- (3) Die Mitglieder verpflichten sich zu diesem Zweck, jährlich Haushaltsmittel in Abhängigkeit ihrer Größe, sozialen Betroffenheit und Wirtschaftskraft in einen gemeinsamen Fonds einzustellen (§ 3, (2)).

- (4) Dem kommunalen Bündnis können jederzeit neue Mitgliedskommunen nach mehrheitlichem Aufnahmebeschluss der AMI-Mitglieder beitreten.

§ 2 Ziele und Handlungsschwerpunkte

(1) Ziele

- Sicherstellung der notwendigen Kofinanzierung für kommunale Beschäftigungsprojekte in Form einer entsprechenden Fehlbedarfsfinanzierung, die sich aus dem jährlichen AMI-Fonds der Mitglieder speist,
- Erhalt bzw. Ausbau der kommunalen, sozialen und touristischen Infrastruktur in den Mitgliedskommunen durch zusätzliche und im öffentlichen Interesse stehender Beschäftigungsangebote,
- soziale Stabilisierung von langzeitarbeitslosen Hilfeempfängern mit dem vorrangigen Ziel der Wiedereingliederung in den regionalen Arbeitsmarkt bzw. Erhalt der Arbeitsfähigkeit bei geringen Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt.

(2) Geförderte Handlungsschwerpunkte sind:

- Verwirklichung von sozialen Projekten für berufliche Integration, Qualifizierung und soziale Betreuung sowie von zielgruppenorientierten Angeboten, insbesondere für benachteiligte Personengruppen,
- Realisierung von soziokulturellen Projekten mit zielgruppenorientierten Freizeit- und Kulturangeboten,
- Entwicklung von Konzepten für touristische Vorhaben und deren Vernetzung
- sowie Umsetzung von Tourismus- und Freizeitprojekten,
- Renaturierung in Natur- und Landschaftsschutzgebieten zum Erhalt von Biotop- und Artenvielfalt;
- sowie Verknüpfung von Naturerlebnisangeboten mit touristischen Zielen und Nutzarmachung für die Region,
- Durchführung von Gemeinwesenarbeiten auf öffentlichen bzw. öffentlich genutzten Flächen und im Umfeld von kommunalen Einrichtungen sowie Durchführung von Maßnahmen zur Ortsverschönerung und Mithilfe beim Erhalt von Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum sowie

- Restaurierung von Zeugnissen der Arbeits- und Lebenswelt früherer Generationen.

§ 3 Finanzierung und Umsetzung der Vereinbarungsziele

(1) Die die Vereinbarung unterzeichnenden Mitglieder verpflichten sich, jährlich Mittel zur finanziellen Absicherung der Ziele einzustellen. Einflussgrößen für die jeweilige Zuschusshöhe der Mitglieder sind die Größe der Kommune (> 20.000 Einwohner Pauschalbetrag in Höhe von 125.000 €), die soziale Betroffenheit (Anteil erwerbsfähiger Hilfebedürftiger an der Einwohnerzahl; Stand 31.12.2008) und die Berücksichtigung der Wirtschaftskraft der Kommunen zum Zeitpunkt der Gründung (1 % der Umlagegrundlage 1997).

(2) In Umsetzung der unter (1) genannten Prämissen ergeben sich für die Mitgliedskommunen nachstehende finanzielle Verpflichtungen:

- a. **Oranienburg** **125.000 €** (> 20.000 Einwohner + hohe soziale Betroffenheit / größer oder gleich 10% = pauschale Zuschusshöhe)
- b. **Hennigsdorf** **125.000 €** (> 20.000 Einwohner + hohe soziale Betroffenheit / größer oder gleich 10% = pauschale Zuschusshöhe)
- c. **Glienicke/Nordbahn** **46.000 €** (< 20.000 Einwohner + geringe soziale Betroffenheit unter 5% = Zuschusshöhe auf Basis Umlagegrundlage 1997)
- d. **Oberkrämer** **39.400 €** (< 20.000 Einwohner + geringe soziale Betroffenheit unter 5% = Zuschusshöhe auf Basis Umlagegrundlage 1997)
- e. **Liebenwalde** **24.100 €** (< 20.000 Einwohner + hohe soziale Betroffenheit größer oder gleich 10% bei geringer Wirtschaftskraft = Zuschusshöhe auf Basis Umlagegrundlage 1997)
- f. **Birkenwerder** **29.500 €** (< 20.000 Einwohner + geringe soziale Betroffenheit bei 5% = Zuschusshöhe auf Basis Umlagegrundlage 1997)

1997)

- g. **Hohen Neuendorf** **50.000 €** (> 20.000 Einwohner + geringe soziale Betroffenheit unter 5%; absolut ca. 1/3 bis 1/5 von Hennigsdorf bzw. Oranienburg = pauschale Zuschusshöhe)

- (3) Die unter (2) aufgeführten Mittel werden von den Mitgliedern nach gesonderter Aufforderung durch den Dienstleister bis zum 31.03. des jeweiligen Jahres auf folgendes Treuhandkonto eingezahlt:

Mittelbrandenburgische Sparkasse

BLZ: 16050000

Kto-Nr.: 3703001886

- (4) Die eingezahlten Mittel bleiben bis zur Auszahlung durch den Dienstleister an die kommunalen Beschäftigungsträger Eigentum der Mitglieder. Der Dienstleister legt kurz- bis mittelfristig nicht benötigte Gelder auf folgendem Festgeldkonto an, deren Zinserträge wieder dem AMI-Fonds zu Gute kommen:

Mittelbrandenburgische Sparkasse

BLZ: 16050000

Kto-Nr.: 2703011760

- (5) Die Entscheidung zur Mittelverwendung obliegt allein den Mitgliedern (§ 5 - Förderkriterien und Verfahren).
- (6) Mit der Planung und Abrechnung von AMI-Projekten und Zuschüssen sowie den Steuerungsaufgaben innerhalb der Mitglieder ist die ABS Hennigsdorf – Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH - beauftragt.

§ 4 Aufgaben der Mitglieder und des Dienstleisters

- (1) Die AMI-Mitglieder und der Dienstleister verpflichten sich zu dem Prinzip der gemeinsamen Entwicklung und Erarbeitung von Projektbedarfen, die von dritten Beschäftigungsträgern umzusetzen sind.
- (2) Die Mitglieder verpflichten sich, mindestens viermal jährlich

zusammenzukommen, um sich über die aktuellen Planungs- und Umsetzungsstände zu informieren bzw. um über entsprechende Beschlüsse (z. B. Verabschiedung der jährlichen Prioritätenliste, Anpassungsbeschlüsse für veränderte Förderbedingungen, jährliche Entlastung des Dienstleisters, Aufnahme zusätzlicher Projekte, etc.) für den Dienstleister Handlungsvoraussetzungen (z. B. Ausfertigung von Zuwendungsbescheiden für den Beschäftigungsträger) zu schaffen.

(3) Der Dienstleister verpflichtet sich zu folgenden Leistungen:

- Vorbereitung, Einladung und Protokollierung der AMI-Sitzungen,
- Erstellung und Aktualisierung der jährlichen Prioritätenliste,
- Erstellung von aktuellen Standardinformationen zu jeder AMI-Sitzung:
 - Stand im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes-, Landes und Kreisebene,
 - Umsetzungsstand aller Projekte im laufenden Haushaltsjahr,
 - Abrechnungsstand bezüglich der Vorjahre (in der Regel zwei Jahre zurück),
 - Kontostand
- Entwicklung und Anpassung entsprechender Formulare für die Beantragung, Mittelbewilligung und –abforderung, Aufbereitung und Vorlage der Mittelabrechnung,
- Prüfung der Fördervoraussetzungen gemäß Kriterien (§ 5) beim Beschäftigungsträger,
- Aufnahme und Bearbeitung von zusätzlichen Projekten, die über die verabschiedete Prioritätenliste hinausgehen,
- permanente Informationsarbeit zwischen den Beschäftigungsträgern und den Bedarfen bzw. Handlungsansätzen der AMI-Mitglieder; verstärkt in der Phase der Erarbeitung der Prioritätenliste und bei Einführung neuer Beschäftigungsinstrumente sowie
- jährliche Erstellung der Gesamtabrechnung inklusive Testat vom Wirtschaftsprüfer bis spätestens 30.06. des Folgejahres.

§ 5 Förderkriterien und Verfahren

- (1) Förderfähig sind ausschließlich Beschäftigungsgesellschaften bzw. Projektträger mit Hauptgeschäftssitz im Landkreis Oberhavel.**

(2) Kriterien, nach denen der Dienstleister die Förderfähigkeit von Projekten prüft, sind:

- die Einhaltung der allgemeinen gesetzlichen Förderbestimmungen im SGB II, III, Bundessonderprogrammen zur kommunalen Beschäftigungsförderung bzw. Förderauflagen des Landes und des Landkreises Oberhavel,
- die Einhaltung der unter § 2 (2) definierten Handlungsschwerpunkte sowie
- die Einhaltung des Prinzips der Fehlbedarfsförderung:
 - bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsangeboten orientiert sich der monatliche Fehlbedarf auf ca. 300,00 bis 380,00 € pro Arbeitnehmer,
 - und bei Arbeitsgelegenheiten auf Basis Mehraufwandsentschädigung werden sachkostenintensive Projekte mit bis zu 15,00 € pro Teilnehmer/Monat gefördert,
 - deutliche Abweichungen nach oben in der Antragstellung müssen über die Offenlegung der Gesamtkosten begründet werden und bedürfen eines Beschlusses der AMI-Mitglieder.

(3) Die Höhe der Mittelbewilligung erstreckt sich auf die Ausfinanzierung des Projektzeitraums und beschränkt sich damit nicht auf das laufende Haushaltsjahr. Die Zuschüsse werden als Brutto-Summen geplant. Für die Regelung der steuerlichen Sachverhalte sind die Zuschussempfänger verantwortlich.

(4) Die Versammlung der AMI-Mitglieder ist ein bewilligendes Gremium. Nur die autorisierten Vertreter der Mitglieder haben Stimmrecht. Jedes Mitglied autorisiert einen Vertreter zur Wahrnehmung der Mitgliedsinteressen.

(5) Jeder Vertreter besitzt pro Mitglied eine Stimme – unabhängig des individuell eingezahlten Umlageanteils. Bei Entscheidungen (bis auf die Auflösung des AMI-Verbundes, § 8 (2)) gilt die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(6) Die Mitglieder bzw. deren autorisierte Vertreter bestimmen eine(n) Vorsitzende(n), die/der die Versammlungen führt und deren Beschlüsse zeichnet.

§ 6 Abwicklung

- (1) Der Dienstleister handelt gegenüber den Beschäftigungsträgern und weiteren Zuwendungsgebern (Landkreis, Land und Bund) im Namen der AMI-Mitglieder. Die AMI-Mitglieder autorisieren den Dienstleister gegenüber den Beschäftigungsträgern, dass sie ihm ständig sämtliche projektrelevanten Informationen und Unterlagen zur Verfügung stellen, damit der Dienstleister in die Lage versetzt wird, die unter § 4 (3) definierten Leistungen zu erbringen.
- (2) Der Dienstleister verpflichtet sich, die ihm übertragenen Aufgaben mit Sorgfalt zu leisten. Im Innenverhältnis haftet der Dienstleister für die Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der übernommenen Aufgaben. Grundlage der Auftragserteilung bilden die §§ 631 ff BGB.
- (3) Mit der unter § 7 definierten Vergütung sind sämtliche Kosten des Dienstleisters im Rahmen der Leistungserfüllung abgegolten.

§ 7 Vergütung und Zahlungsbedingungen

- (1) Der Dienstleister erhält jährlich für die unter § 4 (3) beschriebenen Leistungen ein Entgelt in Höhe von 30.500 € (Brutto). Dieser Betrag geht zu Lasten des jährlichen AMI-Fonds und wird in zwei Raten ausgezahlt.
- (2) Die Auszahlung der ersten Rate in Höhe von 50% der unter (1) definierten Summe wird zum 30.04. und die zweite Ratenzahlung zum 15.12. des laufenden Haushaltsjahres fällig.
- (3) Für die Beschäftigungsträger sind damit die in der Vereinbarung beschriebenen Steuerungs-, Entwicklungs- und Informationsleistungen kostenfrei.

§ 8 Gültigkeit bzw. Dauer der Vereinbarung

- (1) Die Vereinbarung tritt zum Zeitpunkt der Unterzeichnung durch die Mitglieder in Kraft.
- (2) Die Aufhebung des Kommunalen Bündnisses und dieser Vereinbarung ist

frühestens nach 12 Monaten mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist möglich (Ankündigung jeweils zum Jahreswechsel). Die Auflösung bedarf einer 2/3-Mehrheitsentscheidung der AMI-Mitglieder.

- (3) Wird die Vereinbarung nicht gekündigt, verlängert sie sich automatisch um ein weiteres Jahr.
- (4) Einzelnen Mitgliedern ist aus ihnen zu vertretenden Gründen der Austritt aus dem Kommunalen Bündnis möglich. Es gilt die unter (2) definierte Kündigungsfrist.
- (5) Sonderkündigung Bundesprogramm Kommunal-Kombi: Bei Aufhebung der AMI-Vereinbarung gemäß (2) oder einzelner Mitglieder (4) bleiben die finanziellen Verpflichtungen zur Kofinanzierung dieser Projekte für die gesamte Projektlaufzeit pro Mitglied bestehen.
- (6) Nicht gebundene Mittel werden bei einer Verlängerung der Vereinbarung in das Folgejahr übernommen. Sollte es zu einer Kündigung der Vereinbarung kommen (Ankündigung zum Jahreswechsel), werden die Mitglieder oder bei Einzelkündigung das jeweilige Mitglied bezogen auf den positiven Jahresübertrag im Verhältnis der eingezahlten Mittel ausgezahlt.

§ 9 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen der vorstehenden Bestimmungen oder ergänzende Vereinbarungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind ungültig.
- (2) Sollte eine der Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder Lücken enthalten, so bleibt die Vereinbarung im Übrigen gültig. Für den Fall verpflichten sich die Mitglieder und der Dienstleister, die unwirksame Bestimmung unverzüglich durch eine andere zu ersetzen, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck der Vereinbarung geregelt worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Für diesen Fall gilt eine 2/3-Mehrheit der Mitglieder.
- (3) Ändern sich wesentliche Voraussetzungen, die bei Abschluss der Vereinbarung

zugrunde lagen, sind die Mitglieder verpflichtet, Anpassungsverhandlungen zu führen.

Hennigsdorf, den 01.04.2009

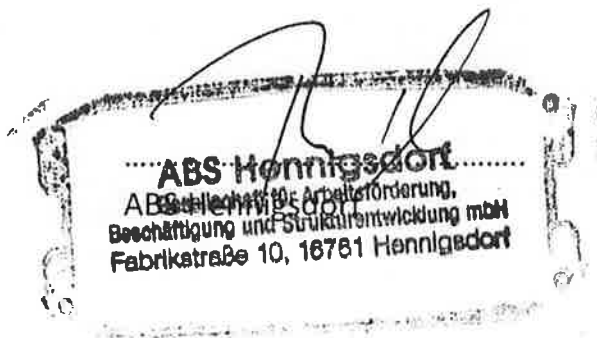
Mitglieder:



Mitglieder:



Dienstleister:



Ergänzung zum Vertrag

Kommunales Bündnis für Arbeit und Integration im südlichen Landkreis Oberhavel (AMI-Süd) vom
01.04.2009

Bei der Teilnahme von AMI-Kommunen am Bundesonderprogramm
hier: Bürgerarbeit
ist der § 8, Absatz (5) des o. g. Vertrages entsprechend anzuwenden.


Hennigsdorf, 18.05.2011


.....
Stadt Oranienburg




.....
Stadt Liebenwalde




.....
Stadt Hennigsdorf




.....
Gemeinde Birkenwerder




.....
Gemeinde Glienicke/Nordbahn



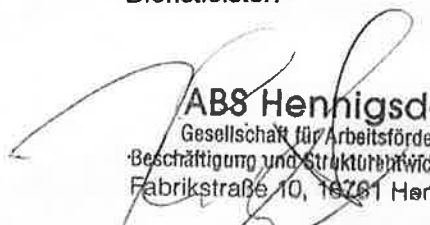

.....
Stadt Hohen Neuendorf




.....
Gemeinde Oberkrämer



Dienstleister:


ABS Hennigsdorf
Gesellschaft für Arbeitsförderung,
Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH
Fabrikstraße 10, 16261 Hennigsdorf